



Brüssel, den 23. April 2025  
(OR. en)

11986/1/99  
REV 1 DCL 1

CIREFI 54  
COMIX 342

## FREIGABE

des Dokuments ST 11986/1/99 REV 1 RESTREINT UE/EU RESTRICTED

vom 23. November 1999

Neuer Status: Öffentlich zugänglich

Betr.: Lagebericht über die derzeitigen Erkenntnisse im Bereich illegale  
Einwanderung und Einschleusung  
– Sachstand zum 27. September 1999

Die Delegationen erhalten in der Anlage die freigegebene Fassung des obengenannten Dokuments.

Der Wortlaut dieses Dokuments ist mit dem der vorherigen Fassung identisch.



RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 23. November 1999 (02.12)  
(OR. en)

11986/1/99  
REV 1

**RESTREINT**

CIREFI 54  
COMIX 342

## **AUFZEICHNUNG**

des Generalsekretariats  
für die Gruppen "Migration", "Visa", "Grenzen" und "Rückführung", die Multidisziplinäre Gruppe "Organisierte Kriminalität" (MDG), den Strategischen Ausschuß für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen

Betr.: **Lagebericht über die derzeitigen Erkenntnisse im Bereich illegale  
Einwanderung und Einschleusung  
– Sachstand zum 27. September 1999**

Im Anschluß an die Sitzung des Strategischen Ausschusses vom 16. November 1999 erhalten die Delegationen nachstehend informationshalber einen Lagebericht des CIREFI, der auf in der Sitzung der Gruppe "CIREFI"/Gemischter Ausschuß (Island und Norwegen) vom 27. September 1999 ausgetauschten Informationen beruht und Änderungen enthält, die die griechische und die norwegische Delegation nach der erstgenannten Sitzung beantragt haben (die Änderungen sind kursiv gedruckt).

Auf Vorschlag des CIREFI kam der Strategische Ausschuß im Hinblick auf ein effizientes Vorgehen überein, daß künftige Lageberichte informationshalber direkt an die zuständigen Gruppen, nämlich die Gruppen "Migration", "Visa", "Grenzen" und "Rückführung" und die MDG sowie an den Strategischen Ausschuß übermittelt werden.

## Lagebericht über die derzeitigen Erkenntnisse im Bereich illegale Einwanderung und Einschleusung

(Sachstand zum 27. September 1999)

### **Allgemeine Tendenzen**

Die deutsche Delegation meldete etwa 26.000 illegale Einreisen während des Zeitraums Januar bis August 1999, dies entspricht einer Zunahme von 7 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auf monatlicher Basis sank die Zahl der illegalen Einreisen von 4.217 im Juli 1999 auf 3.218 im August 1999, wahrscheinlich aufgrund der rückläufigen illegalen Einwanderung aus dem Kosovo. Ein beträchtlicher Anteil der aufgegriffenen illegalen Einwanderer waren jugoslawische, rumänische und afghanische Staatsangehörige. Von diesen illegal eingereisten Personen wurden 2.280 an der deutsch-tschechischen Grenze, 930 an der deutsch-österreichischen Grenze und 204 an der deutsch-polnischen Grenze entdeckt.

Die österreichische Delegation berichtete über eine Zunahme illegaler chinesischer Einwanderer, die auf kleinen Flughäfen, wie Innsbruck oder Salzburg, ankamen und deren Dokumente echt oder sehr gut gefälscht wirkten (siehe besondere Vorkommnisse weiter unten). Sie verwies auch auf eine steigende Zahl von rumänischen, zu den Roma gehörenden Einwanderern an der österreichisch-tschechischen Grenze.

Die Delegation des Vereinigten Königreichs wies auf ein deutliches Ansteigen der Zahl illegaler Einwanderer hin: Die Tendenz war während des ersten Halbjahrs 1999 langsam und stabil gewesen, und hat sich dann beschleunigt. Insbesondere stieg die Zahl der in Dover monatlich entdeckten illegalen Einwanderer - während der ersten Jahreshälfte 500/600 - in den letzten Monaten auf 1 100 Personen, und dieser Anstieg setzte sich fort. Diese Tendenz spiegelte sich im ganzen Land wider, wo die Gesamtzahl illegaler Einwanderer 1999 auf 60.000 Personen (von 45/50.000 im Jahr 1999) ansteigen dürfte. Dies könnte damit erklärt werden, daß Einwanderer versuchen, in das Vereinigte Königreich einzureisen, bevor neue strengere gesetzliche Bestimmungen in Kraft treten. Die Einwanderer kamen größtenteils aus Ost- und Mitteleuropa, dem ehemaligen Jugoslawien (vor allem dem Kosovo), Indien, Pakistan und Bangladesch.

Die niederländische Delegation berichtete, daß die illegalen Einreisen im August 1999 im Vergleich zum Juli 1999 um 14 % angestiegen sind. Die wichtigsten Herkunftsländer waren Aserbaidschan, Angola, Sri Lanka und Armenien. Vor allem wurde bei aserbaidschanischen Staatsangehörigen eine zweihundertprozentige Zunahme verzeichnet. Die Zahl offener Asylanträge ist rückläufig, während der Gebrauch von gefälschten Pässen zunimmt (insbesondere auf dem Amsterdamer Flughafen).

Ferner haben die Behörden damit begonnen, die Zahlenangaben für die Bundesrepublik Jugoslawien aufzuschlüsseln. Im August kamen 6.300 jugoslawische Staatsangehörige, davon 3.500 aus dem Kosovo. Jugoslawien gehörte weiterhin zu den ersten zehn Herkunftsländern illegaler Einwanderer.

Die irische Delegation erklärte, daß Irland in den vorhergehenden drei Monaten einen beträchtlichen Anstieg der Zahl rumänischer illegaler Einwanderer zu verzeichnen hatte. Die meisten besaßen eine irische Aufenthaltsgenehmigung, die sie von Rumänen mit rechtmäßigem Aufenthalt in Irland erhalten hatten. Eine beliebte Route ist ein Flug mit der Crossair nach Zürich. Nach ihrer Ankunft in Irland beantragen diese Personen Asyl. Eine Reihe von ihnen ist in Amsterdam festgenommen und rückgeführt worden. Viele reisten über Istanbul, stellten dort einen Visumantrag und wurden an die türkische Polizei überstellt. Eine Person wurde in Prag festgenommen, die sich in Begleitung von zwei Personen befand, denen die Einreise verwehrt wurde und die nach Rumänien zurückgeschickt wurden.

Die irische Delegation verwies auch auf die Feststellung gefälschter alter nigerianischer Dokumente.

Die italienische Delegation teilte mit, daß die Zahl von Vertriebenen aus dem Kosovo in den vergangenen zwei Monaten stark abgenommen hat und es in den letzten Wochen keine Neuankömmlinge mehr gegeben hat. Außerdem wurden keine weiteren Roma-Neuankömmlinge verzeichnet, die Montenegro (Bar oder Ulcinj) verlassen und behaupten, aus Angst vor Verfolgung durch die UCK aus dem Kosovo geflohen zu sein.

Während der Einwanderungsstrom aus Jugoslawien versiegte, landeten weiterhin Albaner in Schlauch- und Schnellbooten an den Küsten Apuliens. Die italienischen Behörden hatten allerdings keine Schwierigkeiten bei der Rückführung von Albanern, seitdem Albanien seine eigenen Staatsangehörigen auch ohne Dokumente rückübernimmt. Neben Albanern gehörten zu diesen Neuankömmlingen Inder, Pakistaner, Bangladescher, Srilanker sowie kurdische Türken und Iraker. Ein Boot mit 137 Kurden ist unlängst im Ionischen Meer abgefangen und nach Reggio Calabria abgeschleppt worden.

Was den Einwanderungsstrom aus Nordafrika anbelangt, so berichtete die italienische Delegation, daß kleine Boote mit Tunesiern, Marokkanern und Algeriern weiterhin aus Tunesien die Inseln Lampedusa und Pantelleria ansteuerten, wenn auch in einem weniger alarmierenden Ausmaß als 1998.

Außerdem teilte die italienische Delegation mit, daß ihr ein Transitverkehr von illegalen Einwanderern durch Italien bekannt ist. Sie bezog sich auf eine kriminelle Organisation, die Zugreisen von Mailand über Frankreich nach Dover organisiert.

In diesem Zusammenhang teilte die italienische Delegation mit, daß für Oktober 1999 eine operative Sitzung der Polizeibehörden Italiens, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und Deutschlands geplant ist. Ziel der Sitzung ist es, die verfügbaren Informationen zu bewerten, damit gemeinsame Strategien festgelegt werden.

Die griechische Delegation berichtete, daß die Lage in Griechenland im Juli 1999 mit der im Juli 1998 vergleichbar war. 1999 verzeichnete Griechenland jedoch eine Zunahme der Zahl von Einwanderern aus bestimmten Drittländern im Vergleich zu 1998, wie Bulgarien (von 85 auf 175), Iran (von 50 auf 258), Pakistan (von 101 auf 237), Rumänien (von 181 auf 381) sowie Moldau (von 7 auf 77). Die meisten illegalen Einwanderer besaßen keine Dokumente bei der Ankunft; Bulgaren, Rumänen und Moldauer führten im allgemeinen gefälschte Dokumente mit sich. Die griechische Delegation wies auch darauf hin, daß die Zahl von Albanern beträchtlich angestiegen ist, nämlich von 10.000 im Jahr 1998 auf 20.000 im Jahr 1999.

Die isländische Delegation verwies ganz allgemein auf den zunehmenden Einwanderungsdruck in den letzten zwei Jahren. 1999 wurde die bislang höchste Zahl von Asylsuchenden verzeichnet. Die meisten reisten mit gefälschten Dokumenten ein, einige ohne Dokumente. Die Mehrheit der illegalen Einwanderer stammten aus der Ukraine und dem Kosovo. Eine Erklärung für diesen drastischen Anstieg könnte sein, daß Verbindungen zu bereits in Island aufhältigen Personen, die dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen, bestehen.

Die norwegische Delegation teilte mit, daß die illegalen Einreisen 1999 im Vergleich zu 1998 um 15 % angestiegen sind. Zum Jahresende dürfte die Zahl der Asylbewerber 10.000 betragen; rund 90 % der Asylbewerber stellen ihren Asylantrag ohne jegliche Ausweisdokumente. Die drei wichtigsten Herkunftsländer waren Irak, Jugoslawien und Somalia. 3.000 Iraker kamen in den ersten sieben Monaten von 1999 nach Norwegen. 600 kamen allein im Juli 1999 (die bislang höchste Zahl). Nach einigen Festnahmen in Göttingen (Deutschland) und Norwegen sank diese Zahl um die Hälfte. Schätzungsweise 25 % dieser Iraker hielten sich bereits in Schweden, Dänemark oder Deutschland auf, bevor sie sich nach Norwegen begaben. Nach diesen Festnahmen versuchten die Gruppen direkt aus Irak nach Norwegen zu gelangen. Im Zusammenhang mit der Ankunft von Somaliern war eine neue Tendenz festzustellen: Der Zustrom von Somaliern war über mehrere Jahre hinweg gleichbleibend gewesen; im August 1999 kamen dann 200.

Die dänische Delegation teilte mit, daß Dänemark ähnliche Erfahrungen wie Norwegen gemacht hat und daß die Mehrheit der illegalen Einwanderer in Dänemark Iraker, Jugoslawen (hauptsächlich Kosovaren), Afghanen und Somalier waren. 34 Schleuser wurden unlängst in Dänemark aufgegriffen. Derzeit laufen Ermittlungen in bezug auf eine weitvernetzte Organisation mit Einheiten in Göttingen (Deutschland) und Göteborg (Schweden). Es wird vermutet, daß die meisten Iraker aus anderen europäischen Ländern kamen.

Die spanische Delegation berichtete über Probleme, die in Spanien bei der Rückführung von Rumänen, insbesondere bei großen Roma-Familien mit Kindern, aufgetreten sind, die in der Regel im Besitz von gefälschten Dokumenten waren. Die spanische Delegation erwähnte auch, daß die spanischen Behörden im August 1999 einen Strom von irakischen Einwanderern, die auf dem Seeweg von der türkischen Küste nach Melilla kamen, festgestellt haben.

Die belgische Delegation berichtete über eine ungewöhnliche Zunahme der Zahl von Neuankömmlingen aus dem Kosovo, die äußerst schwierig zu bewältigen ist. Die Behörden stellten zwei Kategorien von Neuankömmlingen fest.

Einerseits gab es Kosovaren, die ein Asylverfahren einleiten wollten. Im Gegensatz zu früher, als die Kosovaren offenkundig Kriegsflüchtlinge waren, sind die Neuankömmlinge Personen, die versuchen, die wirtschaftlichen Vorteile zu nutzen, die sie in Belgien in Anspruch nehmen können. Zu diesem Personenkreis gehören Einwanderer aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien oder auch Serben, die behaupteten, Kosovaren zu sein.

Andererseits gab es Personen, die die Einleitung eines Asylverfahrens in Belgien ablehnten, auch als ihnen die notwendigen Informationen geliefert wurden, und die Belgien lediglich als Transitland benutzten, um in das Vereinigte Königreich zu gelangen. Diese Personen wurden häufig in Lastkraftwagen, auf Autobahnen oder auf Parkplätzen aufgefunden, wo Schleuser sie abgesetzt hatten und sie darauf warteten, von Lastkraftwagen abgeholt zu werden.

Die folgenden einschlägigen Zahlen wurden vorgelegt: Im August 1999 gingen 1.566 Asylanträge von insgesamt 4.206 Kosovaren (d.h. 37 %) ein. 1.420 wurden beim Versuch der illegalen Einreise festgenommen. Ende September 1999 gingen 1.387 Asylanträge von 3.752 Kosovaren ein (37 %); 1.679 wurden beim Versuch der illegalen Einreise festgenommen. Diese Zahlen wiesen einen beträchtlichen Anstieg im Vergleich zu früheren Zahlen auf (zwischen 500 und 1.000 Asylanträge sowie 250 illegale Einwanderer pro Monat).

Die belgische Delegation berichtete ferner über ein drastisches Ansteigen der Zahl von Asylsuchenden mit folgender Staatsangehörigkeit: Slowaken (541 Asylanträge im August 1999, wohingegen bis vor kurzem lediglich 50 Anträge monatlich eingereicht wurden), Bulgaren (173 im August 1999 gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 30) und Rumänen (277 im August 1999 im Vergleich zu einem früheren Monatsdurchschnitt von 80) sowie Staatsangehörige der früheren Sowjetunion (Armenien, Rußland, Moldau, Georgien und Ukraine).

Die schwedische Delegation teilte mit, daß seit Anfang 1999 7.000 Asylanträge eingegangen sind und die Gesamtzahl voraussichtlich 11.000 betragen wird (gegenüber 13.000 im Jahr 1998). Ungefähr 50 % dieser Anträge werden von Irakern und Jugoslawen gestellt. Es gab 18.000 Anträge in den verschiedenen Verfahrensphasen. Unter ihnen konnten 5.000 Kosovaren eine Regelung zur freiwilligen Rückkehr nutzen. 1.000 der 18.000 Anträge wurden abgelehnt, und der Antragsteller mußte ausgewiesen werden. 2.070 Iraker haben seit Anfang 1999 Asylanträge gestellt (d.h. 300 pro Monat), dies entspricht 30 % aller Asylanträge. Durchschnittlich wurden monatlich 200 Anträge von Jugoslawen gestellt (obwohl es im August 1999 nur 89 waren). Bei den Jugoslawen handelte es sich fast immer um Kosovaren. Die meisten kamen aus den Nachbarstaaten und fielen unter das Dubliner Übereinkommen; einige wurden nach Dänemark und Deutschland rückgeführt. Unter den Neuankömmlingen im August befanden sich auch einige Roma.

In Schweden nahm auch die Zahl von Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion zu: Die Gesamtzahl betrug 600 (aus Ländern wie Armenien, Kasachstan und der Ukraine). Die Gruppen aus Armenien und Kasachstan kamen normalerweise ohne Pässe mit Hilfe von Schleusern nach Schweden, und viele behaupteten, sie suchten Schutz vor der russischen Maffia.

Schweden hatte viele Fälle im Rahmen des Dubliner Übereinkommens (jede zweite Ablehnung), insbesondere gegenüber Deutschland.

Die französische Delegation meldete, daß die illegalen Einreisen in den zurückliegenden 8 Monaten um 16 % zugenommen haben (bis zu 29.205 Personen). Ein Drittel dieser Einreisen wurden an der Grenze zu Italien festgestellt. Es handelte sich größtenteils um Jugoslawen, Marokkaner, kurdische Türken und Iraker, Chinesen, Rumänen, Ägypter und Pakistaner. Die Zahl der Ägypter hat im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 251 % zugenommen, die Zahl der Chinesen um 65,5 %. Die Zahl der aufgegriffenen Personen, die gefälschte Dokumente mit sich führten, nahm auch zu: 5.646 Personen, d.h. 29 % mehr als im entsprechenden Zeitraum 1998. Viele von ihnen waren Afrikaner (Nigerianer, Algerier, Kongolesen, Senegalesen), Chinesen und Jugoslawen. Die beliebteste Route verlief von Italien über Frankreich, wobei versucht wurde, ins Vereinigte Königreich zu gelangen. Seit August 1999 wurden im italienischen Grenzgebiet, in den Pariser Bahnhöfen und in der Gegend von Calais strengere Kontrollen durchgeführt. Im Zeitraum vom 15. August bis 21. September 1999 wurden 1.606 illegale Einwanderer aufgegriffen. 623 Schleuser wurden in den ersten acht Monaten 1999 festgenommen, also eine Zunahme im Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (560); 96 Schleuser wurden im August 1999 festgenommen.

Die portugiesische Delegation berichtete ganz allgemein über eine Abnahme der Zahl illegaler Einwanderer, es gab jedoch immer noch Probleme mit Einwanderern aus osteuropäischen Ländern, nicht nur aus der Ukraine und Moldau, sondern auch aus Bulgarien, Rumänien, Georgien und Kasachstan. Diese Delegation wies darauf hin, daß die Zahl der in Portugal ankommenden Personen mit einem von der niederländischen Botschaft in Kiew erteilten Visum abgenommen, jedoch die Zahl derjenigen Neuankömmlinge mit Visa für den kurzfristigen Aufenthalt, die von anderen Botschaften erteilt wurden, zugenommen hat. Spanien hat einen Teil dieser Personen rückübernommen.

Nach Ansicht der finnischen Delegation war die Lage an der Grenze im allgemeinen ruhig. In Finnland hat die Zahl der Asylsuchenden, größtenteils aus Rumänien und der Slowakei, zugenommen, obwohl diese Zunahme in absoluten Zahlen noch gering war. Zwischen Dezember 1998 und Juli 1999 kamen 1.146 Roma aus der Slowakei. Der Strom versiegte, nachdem Finnland die Visumpflicht für Slowaken wiedereingeführt hatte.

### ***Lage der Kosovaren***

Die Lage in bezug auf die freiwillige Rückkehr der Kosovaren, die im Rahmen des Evakuierungsprogramms über eine Luftbrücke befördert wurden, sah wie folgt aus:

- 50 % der zuvor ins Vereinigte Königreich und nach Norwegen evakuierten Kosovaren waren bereits in den Kosovo zurückgekehrt.
- 25 % der nach Island evakuierten Kosovaren waren bereit zur Rückkehr.
- Von den 1.446 Personen, die nach Spanien evakuiert worden waren und denen eine zwölfmonatige Aufenthaltsgenehmigung erteilt worden war, waren 622 mit Charterflügen in den Kosovo im Rahmen eines Programms zurückgekehrt, das im August 1999 eingeleitet worden war.
- Von den 6.000 Personen, denen in Schweden eine elfmonatige Aufenthaltsgenehmigung erteilt worden war (4.000 von ihnen waren aus den Lagern evakuiert worden), waren 1.000 zurückgekehrt.
- Frankreich hatte 2.269 Kosovaren rückgeführt.
- Von den 1.500 Kosovaren, die sich in Portugal im Rahmen seines humanitären Programms aufhielten, waren 1.400 bereits zurückgekehrt.
- Eine erste Gruppe von Kosovaren, der von Finnland aufgenommenen 970 Personen, waren Anfang August 1999 rückgeführt worden, und die Rückreise einer zweiten Gruppe war für die erste Oktoberhälfte 1999 geplant.
- 400 Kosovaren von 1.200 evakuierten Personen waren aus Belgien zurückgekehrt.

Die Delegationen des Vereinigten Königreichs, Irlands, Finnlands und Belgiens verwiesen auf Beihilfen zur Wiederansiedelung für diese Rückkehrer (250 UKL pro Person im Vereinigten Königreich; 3.500 FIM pro Person in Finnland; 100.000 BEF pro Person in Belgien, zuzüglich 50.000 BEF für jedes Kind unter 18 Jahren). Die isländische Delegation bezog sich ganz allgemein auf ein Programm zur Rückkehrförderung. Die irische Delegation teilte ferner mit, daß die Rückkehrer nach Irland zurückkommen können, wenn es sich herausstellen sollte, daß eine Wiederansiedelung im Kosovo nicht möglich ist.

Die Delegation des Vereinigten Königreichs hob hervor, daß eine Fortführung des Rückkehrprogramms für Kosovaren, die nicht im Rahmen des Evakuierungsprogramms angekommen sind, nicht geplant ist, da dies sehr kostspielig wäre und vom politischen Standpunkt aus gesehen einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen würde. Sie erklärte, daß sich zwischen 20.000 und 40.000 Kosovaren im Land befinden, die meisten hielten sich schon vor der Evakuierung im Hoheitsgebiet auf, schätzungsweise dürften 10 % von ihnen tatsächlich albanische Staatsangehörige sein.

Die griechische Delegation erklärte, daß Griechenland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Einwanderern aus dem Kosovo eingegangen ist, da von griechischer Seite Unterstützung in der Region geleistet worden ist. Griechenland hat sich für ihre möglichst rasche Rückkehr in den Kosovo eingesetzt.

Die belgische Delegation teilte mit, daß Kosovaren, die nach dem 3. September 1999 in Belgien eintreffen, für einen besonderen Status nicht mehr in Betracht kommen und unter die normale Regelung fallen. Diejenigen, die vor dem 3. September 1999 einreisten, konnten eine sechsmonatige Verlängerung ihres Status erhalten. Eine Ausnahme wurde bei Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter gemacht, die vor dem 20. Juni 1999 nach Belgien eingereist sind.

### ***Vorkommnisse, an denen Gruppen von illegalen Einwanderern beteiligt sind***

Die deutsche Delegation teilte mit, daß in Düsseldorf Ende August eine Gruppe von 17 Armeniern festgenommen wurde; sie führten armenische Pässe mit Schengen-Visa (Kategorie C) mit sich, die die französischen Behörden für die Reise nach Paris erteilt hatten. Diese Personen hatten auch Hotel- und Flugreservierungen, um ihre Reise nach Paris fortzusetzen, waren jedoch nicht bis dorthin gekommen. Sie gelangten auf dem Luftweg nach Deutschland mit in Ungarn erworbenen Flugtickets. Eine erste Gruppe wurde in Österreich angehalten, da ihre Papiere nach Angaben der Polizei nicht in Ordnung waren. Die zweite Gruppe wurde zurückgewiesen, da der Verdacht bestand, daß sie ihre Visa unrechtmäßig erhalten hatten. Die deutsche Delegation warnte die übrigen Delegationen vor künftigen Fällen dieser Art.

Die österreichische Delegation bestätigte, daß die österreichischen Behörden eine Gruppe von Armeniern zurückgewiesen haben, die über die ungarische Grenze eingereist waren und Visa mit sich führten, die von der französischen Botschaft in Eriwan (Armenien) erteilt worden waren. Derartige Bewegungen waren allerdings im September 1999 nicht beobachtet worden.

Die französische Delegation teilte den Delegationen mit, daß die französischen Behörden als Reaktion auf die von anderen Staaten erhaltenen Informationen die französische Botschaft in Eriwan gebeten haben, größte Sorgfalt bei der Visaerteilung walten zu lassen.

Die österreichische Delegation wies auf drei besondere Vorkommnisse hin, an denen verschiedene Gruppen von Chinesen beteiligt waren. Eine erste Gruppe von 26 Personen kam in Innsbruck mit echt aussehenden Visa an und setzte die Reise nach Deutschland fort. Eine zweite Gruppe von 36 Personen kam in Salzburg an, wurde kontrolliert, ihre Dokumente schienen auch in Ordnung zu sein, und sie gelangte schließlich nach Straßburg. Eine dritte Gruppe von 21 Chinesen wurde zurückgewiesen, als die Behörden die Geburtsdaten in ihren Dokumenten prüften und feststellten, daß diese nicht echt, wenn auch sehr gut gefälscht waren.

Vier Gruppen von Roma waren im Juli 1999 aus der Tschechischen Republik nach Finnland gekommen und eine Gruppe von 31 Personen im August 1999 aus Prag. Eine Gruppe von 28 Personen war am 16. September 1999 aus Polen gekommen.

### *Schlußfolgerungen*

Der Vorsitz stellte abschließend fest, daß sich die allgemeine Tendenz einer Zunahme illegaler Einwanderer in fast allen Staaten (wobei Deutschland eine bemerkenswerte Ausnahme darstellt) abzeichnete. Hierbei stellte er drei unterschiedliche Phänomene fest.

Zunächst gab es einen Strom illegaler Einwanderer aus Gebieten außerhalb Europas, der durch Europa nach Westen verlief. Der Vorsitz wies auf die folgenden Einwanderungsgruppen hin, wie in den verschiedenen Berichten genannt:

- Chinesen: ihre Zahl nahm zu; sie verwendeten ge- bzw. verfälschte Dokumente, um von einem Land ins andere zu reisen;
- Iraker: viele hielten sich bereits in Europa auf; es gab jedoch weiterhin in gewissem Umfang Neuankömmlinge direkt aus dem Irak;

- Inder, Pakistaner, Bangladescher, Srilanker: dieser Strom schien anzudauern; ihr Ziel war hauptsächlich das Vereinigte Königreich;
- Afrikaner: insbesondere Ägypter, die nach Frankreich reisten.

Zweitens gab es ein osteuropäisches Problem, insbesondere

- Kosovaren: Auch wenn eine Reihe von ihnen, die zwischen Frühjahr und Sommer angekommen waren, freiwillig zurückkehrten, gab es noch eine große Zahl von Kosovaren in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten;
- Roma aus Rumänien, der Slowakei und der Tschechischen Republik sowie aus Jugoslawien: Ihre Zahl schien nicht so hoch wie im Sommer, aber das Phänomen sollte aufmerksam verfolgt werden.

Drittens wies der Vorsitz auf die internen Bewegungen innerhalb der Europäischen Union/des Schengener Raums hin, z.B. von Deutschland und Dänemark nach Norwegen und Schweden. Diese Bewegungen sollten überwacht und angemessene Aktionen entwickelt werden, um sie zu verhindern.

Im Hinblick auf künftige Aktionen äußerte der Vorsitz abschließend, daß die gesammelten Informationen für die Gruppen in ihren spezifischen Zuständigkeitsbereichen nützlich sein könnten (z.B. Informationen über gefälschte Dokumente für die Gruppe "Grenzen", Informationen über Bewegungen innerhalb der EU für die Gruppe "Rückführung" usw.).

Der Vorsitz rief auch zur bilateralen und regionalen Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden auf (wie die operative Sitzung zwischen den Polizeibehörden Italiens, Frankreichs, Deutschlands und des Vereinigten Königreichs), über die der Gruppe "CIREFI" regelmäßig berichtet werden sollte.

Abschließend hob der Vorsitz hervor, wie wichtig es sei, das unlängst vom Rat auf CIREFI-Initiative eingesetzte Frühwarnsystem zu nutzen.